



Zeitzeugen

Krankenhausplanung: Rückenwind aus Berlin
(Kieler Nachrichten vom 19. September 2000)

Krankenhausplanung: Rückenwind aus Berlin

Kiel (std) Bei der Umsetzung des umstrittenen Rüschemann-Gutachtens zum Krankenhausbedarfsplan gibt es Rückenwind aus Berlin. „Allein die Diskussion darüber bringt einen Qualitätsgewinn“, erklärte Erwin Jordan, Staatssekretär aus dem Bundesgesundheitsministerium im KN-Gespräch.

„Bedenken, dass ein weiterer Abbau von Kapazitäten die medizinische Versorgung gefährden könnte, teilt der Grünen-Politiker nicht. „Im Vergleich zu unseren Nachbarländern haben wir in Deutschland die längste Verweildauer. Medizinisch ist das nicht zu erklären, es ist schlicht nicht nötig.“ Eine Ursache dafür sieht Jordan in der Tatsache, „dass wir in Deutschland vergleichsweise viele Betten haben.“ Und: „Wo ein Bett ist, ist auch ein Fall.“

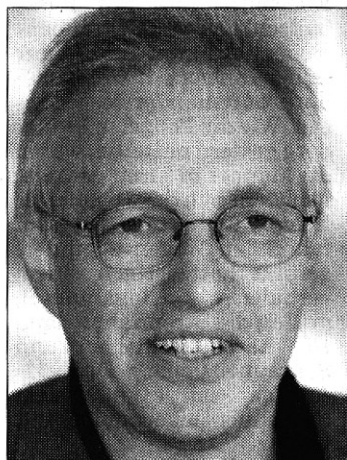
Jordan macht kein Hehl daraus, dass die Gesundheitsreform, die in drei Jahren eine fallbezogene Abrechnung mit

sich bringt, den Konkurrenzdruck erhöhen wird. „Wir werden in Zukunft weniger Krankenhäuser haben. Das ist unbestritten. Ich glaube aber, dass man in zehn Jahren nicht mehr unbedingt in der Kategorie Krankenhäuser denken wird.“

Jordan verweist dabei auf einen weiteren Punkt der Gesundheitsreform, der ambulante und stationäre Versorgung stärker vernetzen soll. „Die Rahmenvereinbarung für integrierte Versorgungsstrukturen steht kurz vor dem Abschluss.“ Damit werde es den Krankenhäusern ermöglicht, Kooperationsverträge mit niedergelassenen Ärzten abzuschließen. „Gerade im ländlichen Raum könnten sich die Kliniken zu lokalen Gesundheitszentren entwickeln, die eine Behandlung aus einer Hand anbieten.“

Gleichzeitig kündigte der Staatssekretär einen verbindlichen Katalog von Eingriffen an, die überhaupt nicht mehr stationär behandelt werden sollen. „Wenn es medizinisch möglich ist, eine Operation ambulant vorzunehmen, ist es ja nicht erstrebenswert, im Krankenhaus zu liegen. Das dient nicht der Gesundheit.“

Jordan riet den schleswig-holsteinischen Krankenhäusern, ihren Wettbewerbsvorteil gegenüber den anderen Bundesländern nicht zu verspielen. „Das Kieler Gutachten ist hilfreich, weil es in die Richtung zielt, die auch die Gesundheitsreform vorgibt. Damit sollte man sich schon jetzt auseinandersetzen.“ Im vergangenen Jahr wurden laut Statistischem Landesamt in den 111 Krankenhäusern des Landes insgesamt 507 000 Patienten stationär aufgenommen und behandelt.



Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium: Erwin Jordan.
Foto aug